

Rettenplan für Sowjetbank

Tilgungsaufschub und Goldgarantie verschaffen nicht nur der sowjetischen Außenwirtschaftsbank wieder für ein paar Monate Handlungsspielraum. Auch die Ost-West Handelsbank in Frankfurt, an der die Außenwirtschaftsbank beteiligt ist, brauchte dringend Hilfe.

Ihre Wirtschaftsprüfer sind zu dem Ergebnis gekommen, die Forderungen des Instituts gegen sowjetische Institutionen müßten, obwohl sie bisher prompt bedient wurden, nach deutschem Recht um etwa die Hälfte abgeschrieben werden. Das könnte die Bank, die für die Sowjetunion die Mark-Abrechnung besorgt, bei einem Eigenkapital von nur 128 Millionen

nicht verkraften, sie müßte in Konkurs gehen. Spätestens am Bilanzstichtag, dem 31. Dezember, schlägt die Stunde der Wahrheit.

Weil Bankaufsicht, Banker und Politiker fürchteten, ein Konkurs in Frankfurt könne sich auf sowjetische Auslandsbanken in Paris, London und Wien ausdehnen und unabsehbare Kreise ziehen, waren bereits Pläne zur Rettung vorbereitet worden. Deutsche Großbanken wollten im Notfall, abgesichert vom Staat, eine Pleite durch Garantien oder gar Übernahme verhindern.

Nach der vereinbarten Milliardenhilfe wächst in Frankfurt und Bonn die Hoffnung, die Moskauer Außenwirtschaftsbank werde die Probleme ihrer Frankfurter Tochter allein lösen können.

der letzten Runde in Moskau jetzt ein wenig „sichereren Boden“ zu spüren, hütet er sich, über Devisenvorräte, Schuldenhöhe oder Fälligkeiten zu spekulieren.

Allein die Farce um den sowjetischen Goldschatz – wieviel ist noch da, wenn überhaupt – zeigt überdeutlich, auf welchem ungewissem Grund Gläubiger und Schuldner Halt suchen. Die sowjetischen Bürger glaubten in gewohntem Vertrauen an einen Hort von mehreren tausend Tonnen. Sachverständige der Bank von England errechneten noch 1000 Tonnen, als Michail Gorbatschows Wirtschaftsexperte Grigorij Jawlinski offiziell lediglich 240 Tonnen meldete.

Vor 14 Tagen schließlich verkündete Alexander Orlow, Vorsitzender der Kontrollkammer des sowjetischen Parlaments, die Tresore seien leer. Das hielt die G-7-Experten nicht davon ab, am Donnerstag dennoch einen goldgesicherten Schnellkredit von einer Milliarde Dollar zu vereinbaren.

Sicher ist: Am 24. September tauchte bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ein Vertreter der sowjetischen Außenwirtschaftsbank auf und begehrte einen mit 100 Tonnen Gold zu sichernden Beistandskredit. Ermittlungen der BIZ ergaben jedoch, daß die angebotenen Goldbarren sich schon lange außerhalb der sowjetischen Grenzen befanden und zudem „mit Rechten Dritter“ belegt waren.

Trotz minutiöser Schilderungen der Moskauer *Iswestija* über zahlreiche Goldflüge nach Frankfurt oder London, trotz der Gerüchte über jahrelange Notverkäufe und Schiebereien zur privaten Alterssicherung von Funktionären – die G-7-Abgesandten glauben nach wie vor an Restgold im Kreml.

Sollten die Republiken die versprochene Milliarde Dollar kurzfristig in An-

spruch nehmen wollen, müssen wieder Flugzeuge beladen werden. Frisches Geld gibt es erst, wenn das verpfändete Staatsgold außerhalb bei kapitalistischen Banken gelagert ist.

Diese G-7-Bedingung empfanden die Republik-Vertreter als demütigend, weil „Gold im Augenblick ein Mysterium ist“ (Köhler). Wer daran rühre, warnte der russische Finanzminister Jegor Gaidar, könne die Existenz von Regierungen gefährden.

Das wollten die westlichen Industrieländer nicht, sie beharrten aber dennoch auf ihrer Goldbedingung: Die neuen Politiker des Ostens müßten lernen, meint ein Frankfurter Banker, „Entscheidungsfähigkeit auch in schwierigen Lagen“ zu beweisen.

Diplomatie

Säugling unter Monstern

Vom Machtkampf zwischen Jelzin und Gorbatschow hängt es ab, ob und wann Honecker ausgeliefert wird.

Justizminister Klaus Kinkel freute sich, daß fast alle Kollegen aus den osteuropäischen Staaten gekommen waren, die er zum Erfahrungsaustausch über Demokratie und Rechtsstaat nach Bonn eingeladen hatte. Einer allerdings, der sowjetische Kollege, bedauerte Kinkel bei der Begrüßung am Montag voriger Woche, sei „leider verhindert“.

Den Grund erfuhr der erstaunte Kinkel verspätet: Dessen Ressort sei inzwischen aufgelöst, teilte der russische Justizminister Nikolai Fjodorow trocken mit; er habe den Laden samt Personal übernommen.

Es blieb nicht bei dieser Überraschung.

Fjodorow nahm mit verblüffender Entschiedenheit Stellung zu einem äußerst heiklen Thema, das den deutschen Justizminister beschäftigt: Was wird aus Erich Honecker, dem ehemaligen SED-Chef und DDR-Staatsratsvorsitzenden, den die Sowjets im März dieses Jahres in einer „Nacht-und-Nebel-Aktion“ (Kinkel) ausgeflogen hatten?

Wenige Tage vor seinem Bonn-Besuch hatte der russische Präsident Boris Jelzin am Freitag vorletzter Woche von seinem Kabinett die „Ausweisung“ des Flüchtlings, der sich angeblich in einem



Minister-Kollegen Fjodorow, Kinkel: „Sehr schwieriges Geflecht“

Militärhospital nahe Moskau aufhält, beschließen lassen.

In Bonn wurde Fjodorow noch deutlicher: Der Fall Honecker unterliege russischer, nicht sowjetischer Gerichtsbarkeit. Das russische Innenministerium sei beauftragt, den Kabinettsbeschluss „auszuführen“. Ein Asylantrag habe keine Chance. Die Ausweisung, so das Fazit, sei eine Sache von Tagen, allenfalls von Wochen.

Sosehr dem deutschen Justizminister auch die „mutigen Worte“ gefielen – sie ließen ihn verwirrt zurück. Mit ihrem Wunsch nach einer Rückführung Honeckers ist die Bundesregierung unversehens in ein „sehr schwieriges Geflecht“ (Kinkel) geraten: mitten hinein in einen Machtkampf zwischen Jelzin und Michail Gorbatschow.

Jelzin führte den Bonnern die Machtverhältnisse in dem sich auflösenden riesigen Staatsgebilde drastisch vor Augen. Der Russe präsentierte sich mit prallem Selbstbewußtsein. Daß er sich herablassend oder gar höhnisch über seinen Gegenspieler ausließ, wirkte eher befremdlich. „Er konnte der Versuchung nicht widerstehen“, so ein Teilnehmer der Gespräche, „Gorbi kräftig einzutunken.“

Geradezu vergnügt schob Jelzin dem Kollegen Präsidenten die Verantwortung für Honecker zu: Er habe ihm „ohnehin viele Kompetenzen abgenommen, ich möchte ihm das noch lassen“. Dem Kanzler Helmut Kohl gab er den Rat, sich doch an den alten Freund Gorbatschow zu wenden. Der habe ihm allerdings gesagt, fügte er süffisant hinzu, er sei „mit Honecker lange verbunden“ und könne den Gefährten nicht im Stich lassen.

Die rüden Manieren fanden die Gastgeber ungehörig: „Das war unerhört“, schimpfte Finanzminister Theo Waigel.

Enttäuscht war der deutsche Justizminister. Kinkel hatte sich „präzise Erkenntnisse über die Machtfrage“ erhofft. Doch statt klarer Auskünfte über Honeckers Heimkehr bekam er widersprüchliche Äußerungen zu hören. Und daß auch Fjodorow den Staatschef der Sowjetunion öffentlich abwertete, irritierte ihn.

„Sollte er eine störende Position einnehmen“, drohte der Russe in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*, „so bleibt er nicht mehr sehr lange Präsident.“ Honecker, erklärte er weiter, sei

nur ein „Säugling im Vergleich zu unseren Monstern“. Dazu rechnete er die „Führung“ der Kommunistischen Partei; Gorbatschow wollte er nicht ausnehmen.

Nur Imponiergehabe? Oder sprach Fjodorow, wie er behauptete, „im Namen von Jelzin“?

Fjodorow sei kein Schwätzer, der habe kein Feuer in den Augen, berichtete verwundert einer der Teilnehmer aus der Justizminister-Konferenz. Der promovierte Rechtsphilosoph sei ein belebener, ruhiger Mann, der Rußland unerschrocken in einen Rechtsstaat verwandeln wolle.



Flüchtling Honecker: Drohung mit Selbstmord

Mit seinen Bemerkungen über Honecker stellte sich Fjodorow in Gegensatz zu Jelzin. „Wir würden uns nicht mit dem Fall befassen“, so der Justizminister, „wenn wir nicht sicher wären, ihn auch lösen zu können.“ In einem SPIEGEL-Gespräch (47/1991) hatte der Präsident dagegen alle Bonner Hoffnungen gedämpft:

„Mit Gewalt kann man Honecker doch nicht zurückschaffen.“ Und vorige Woche versprach er lediglich, in Rußland könne der Ex-SED-Chef nicht bleiben, aber „eine schöne Reise in alle Republiken machen“ – die Deutschen müßten ihm von Kasachstan nach Usbekistan hinterherhecheln. Der Wider-

spruch zwischen Jelzin und seinem Justizminister, so lautet nun eine Theorie, lasse sich auflösen: Fjodorow habe in schöner Arbeitsteilung offen ausgesprochen, was Jelzin zwar denkt, aber mit Rücksicht auf Gorbatschow so unverblümt nicht sagen darf. Für die beiden Präsidenten sei Honecker allmählich zur schweren Belastung geworden; beide wollten ihn möglichst bald loswerden.

Nicht weniger plausibel klingt die konkurrierende Theorie: Nach wie vor hätten der Oberste Sowjet der UdSSR und Gorbatschow die Kompetenz für einen Asylantrag. Es werde „eine Denkpause geben“, sagt ein Mitarbeiter Gorbatschows voraus, „und am Ende kann er gar nicht anders als positiv entscheiden“.

Honecker, so berichten Vertraute, habe schon gedroht, er werde unruhliche Details über die frühere Rolle Gorbatschows in der Deutschland-Politik ausplaudern. Wichtiger noch: Vor allem Militärs sträuben sich gegen eine Auslieferung an die Bundesrepublik. Auch der deutsche Botschafter Klaus Blech meldete aus Moskau, die Aussichten auf eine Abschiebung des Asylananten stünden schlecht.

Kinkel hat inzwischen gemerkt, daß er, wie Freunde ihm seit langem raten, den Fall Honecker nicht zu hoch spielen darf, wenn er nicht an der Demontage Gorbatschows mitwirken will. Für das Verhältnis zur Sowjetunion sei die Sache „nicht unbedeutend“, lenkte der Justizminister daher vorsichtig ein. Aber die Beziehung sollte auch „nicht allein auf der Nadelspitze dieser Angelegenheit balanciert werden“.

Das vergebliche Drängen hat den Justizminister in eine mißliche Lage gebracht. Besonders den Bürgern in der einstigen DDR ist nur schwer verständlich zu machen, daß der gefeierte Rechtsstaat die Kleinen hängt und die Großen laufenläßt. „Wer die Bilder sieht, wie jetzt junge Grenzsoldaten vor dem Richter stehen“, gab Kanzler Kohl vorige Woche einfühlsam die Stimmung wieder, „der muß doch ähnlich wie ich das Gefühl verspüren, wie ungerecht ein solches System ist.“

Kinkel rechtfertigt gerade mit dieser ungleichen Behandlung seinen unnachgiebigen Druck auf die derzeitigen Beschützer Honeckers. Immer wieder protestierte er, reiste in die Sowjet-



Tschernobyl-Besucher Töpfer: Nach deutschem Recht müßten die Meiler abgeschaltet werden

union und läßt sich, wie er gegenüber seinen Kritikern beteuert, „auch von Selbstmorddrohungen eines Mannes, der Millionen Menschen drangsaliert hat, nicht beeindrucken“.

Während der Justizminister alle Hebel in Bewegung setzt, um den obersten Verantwortlichen vor Gericht zu bringen, haben die Staatsanwälte in Berlin nicht einmal eine hieb- und stichfeste Anklage gegen den greisen Honecker zustande gebracht.

Auch Kinkel ist „unglücklich, wie das läuft“. Es sei „ein großer Fehler gewesen, mit den Kleinen anzufangen“. An seiner Haltung will er jedoch nicht irre werden – auch wenn das Verfahren gegen Honecker mit Freispruch oder gar mit Selbstmord enden sollte. „Ich werde dann fragen: Was habe ich denn in einem Rechtsstaat für eine Alternative?“

Kernkraft

Stoff zum Gruseln

Eine Bonner Studie stellt fest: Nach westlichen Maßstäben sind alle 33 Sowjetreaktoren ein Sicherheitsrisiko.

Die sowjetischen Reaktorphysiker kannten die Gefahr. Sie wußten seit langem: In einer ganz bestimmten Situation schaukelt sich ein Atommeiler vom Tschernobyl-Typ in Sekundenschnelle hoch und wird durch die schnelle Leistungsabgabe zerstört – wie es in Block 4 zu Tschernobyl im April 1986 geschah.

Die Bedienungsmannschaften damals aber waren arg- und ahnungslos, wur-

den absichtlich dumm gehalten. Sie gingen ihrem Geschäft gelassen nach, hatten kaum eine Chance, die Gefahr zu erkennen und den Super-GAU doch noch zu verhindern.

Den unterschiedlichen Wissensstand zwischen den Chefs und den Mannschaften enthüllt Bundesumweltminister Klaus Töpfer in einem „Bericht zur Sicherheit der Kernkraftwerke und zu Umweltfragen der Energieversorgung in den Staaten Mittel- und Osteuropas“ für den Umweltausschuß des Bundestages. Das 50-Seiten-Werk bietet Stoff zum Gruseln.

Beispiel: Die sowjetischen Atomstromerbetriebe und betreiben ihre Risikoreaktoren, als seien sie für die Ewigkeit gebaut. Völlig verblüfft erfährt Töpfers Sicherheitsfachmann Adolf

Birkhofer vor Ort in der Ukraine: Es gibt kein „technisches Abfahrprogramm“ für die Stilllegung der Tschernobyl-Typen. Woher die beim „Abfahren“ auf längere Sicht benötigten 50 Tonnen Dampf pro Stunde kommen sollen, weiß niemand zu sagen.

Töpfer und seine Leute sind nun wider Willen zu Experten für die russischen Risikoreaktoren geworden. Die deutsche Einheit bescherte den Bonnern die Verantwortung für die Atomblöcke in Greifswald und Stendal. Seit die dortigen, von Sowjets gebauten Meiler untersucht und stillgelegt wurden, wuchs selbst bei deutschen Nuklear-Cowboys die Angst vor den 58 Sowjetreaktoren im ehemaligen Ostblock.

16 der Kraftwerke etikettierte Birkhofer inzwischen als mit „erheblichen

Sicherheitsdefiziten behaftet“, 24 jüngere haben „noch deutliche Sicherheitsdefizite“ und die restlichen 18, die modernsten, ebenfalls „immer noch Sicherheitsdefizite“. Westliches Sicherheitsniveau, lautet das Urteil in Töpfers Bericht, sei „mit sinnvollem Aufwand“ nicht zu erreichen.

Zahl und Schwere der Mängelrügen bei allen Typen lassen schaudern. Die systembedingten Schwächen werden verschärft durch Abweichungen von den vorgeschriebenen, ohnehin niedrigen Standards; dazu kommen unzureichende In-



Atomexperte Birkhofer: „Deutliche Defizite“